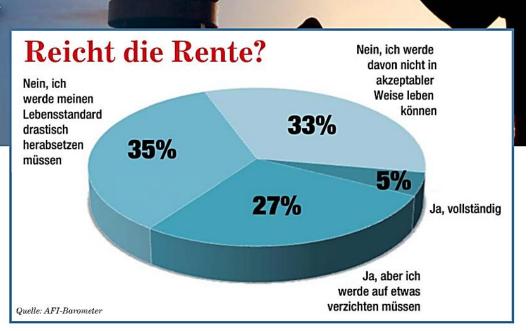
TGZ|24.01.2014|4/5

## Die An der Arbeitnehme

Das Arbeitsförderungsinstitut hat ein **Stimmungsbild** der Südtiroler Arbeitnehmer gezeichnet. Nach der Entlassungswelle der letzten Monate glaubt rund ein Drittel, dass sich die Situation heuer noch weiter verschlechtern wird.

von Heinrich Schwarz

In den letzten Wochen und Mona-ten überhäuften sich die schlechten Nachrichten auf dem Südtiroler Arbeitsmarkt. Gleich mehrere große Betriebe stecken tief in der Krise und mussten Konsequenzen daraus ziehen. Zu nennen ist etwa die Hoppe, die im November ankündigte, ihr Werk in St. Martin in Passeier zu schließen. 158 Mitarbeiter sind davon betroffen. Kurze Zeit später rückten



auch große Firmen wie die ZH und Würth in die Schlagzeilen. Vorgestern folgte die Baufirma Rubner aus Brixen, die jetzt 25 Mitarbeiter in die Mobilität schickt.

Am meisten von den finanziellen

überhaupt über die Runden kommen. Dementsprechend beeinflusst wird das Stimmungsbild der rund 200.000 Arbeitnehmer in Südtirol.

Schwierigkeiten der Unternehmen betroffen sind die einfachen Arbeiter, die durch die Entlassungen ihre Lebensgrundlage verlieren und erst sehen müssen, ob sie

Um das Stimmungsbild einzufangen, hat das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) im Dezember 2013 eine repräsentative Umfrage durchgeführt. Sie erfolgt vier Mal jährlich,

Risiko Arbeitsplatzverlust	
Risiko	Prozent
Keines	28
Gering	59
Hoch	9
Sehr hoch	4
Quelle: AFI-Barometer	

## Presseecho | Rassegna stampa

## TGZ|24.01.2014|4/5



wobei jeweils rund 500 Arbeitnehmer herangezogen werden. Sie wurden bei der letzten Umfrage unter anderem befragt, wie sie die Zukunft der Südtiroler Wirtschaft beurteilen, welches die belastenden Faktoren am Arbeitsplatz sind und wie sie das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes beurteilen.

Gestern stellte der Direktor des AFI, Stefan Perini, die Ergebnisse der Umfrage vor. Die Zentrale Aus-



Stefan Perini: "Pessimismus leicht abgenommen"



Martha Stocker: "Braucht qualifizierte Ausbildung"

Monaten kein Geld auf die Seite legen kann.

Obwohl die Arbeitslosigkeit heuer noch etwas ansteigen dürfte, sehen nur die wenigsten ihren Arbeitsplatz gefährdet (siehe Grafik). "Gleichzeitig glauben aber 77 Prozent der Arbeitnehmer, zurzeit keine gleichwertige Arbeitsstelle zu finden", so Stefan Perini.

Bei der gestrigen Vorstellung der Ergebnisse war auch die neue Arbeitslandesrätin Martha Stocker anwesend. Sie ist derzeit besonders gefordert: "Unsere politische Aufgabe ist es, alles Mögliche zu unternehmen, um Arbeitsplätze im Land zu sichern und die Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verbessern." Der wichtigste Schlüssel dazu sei eine qualifizierte Ausbildung.

"77 Prozent der Arbeitnehmer glauben, zurzeit keine gleichwertige Arbeitsstelle zu finden."

Stefan Perini

sage des AFI-Barometers: Die Erwartungen zur Entwicklung der Südtiroler Wirtschaft hellen sich für die nächsten zwölf Monate zwar etwas auf, bleiben im Saldo aber leicht abwärtsgerichtet. "Mit 44 Prozent erwartet fast die Hälfte der befragten Arbeitnehmer eine unveränderte Situation", erklärt Perini. 33 Prozent glauben, die Situation werde sich weiter verschlechtern und nur 23 Prozent, dass sie sich verbessern wird (siehe dazu auch untenstehendes Interview).

Jeder dritte Südtiroler Arbeitnehmer hat Schwierigkeiten, mit seinem Gehalt über die Runden zu kommen. Das Geld reiche nicht bis zum Monatsende. Ähnlich ist die Situation beim Sparen: Gut jeder zweite Arbeitnehmer befürchtet, dass er in den nächsten zwölf

Ein weiteres wichtiges Thema des AFI-Barometers war die Altersvorsorge. Hintergrund ist dabei die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. "Viele Arbeitnehmer stehen heute vor der Herausforderung, ihre Ersparnisse wertbeständig anzulegen", meint Perini. Dementsprechend glauben 68 Prozent der Befragten, dass die staatliche Rente alleine nicht mehr ausreichen werde, um im Alter akzeptabel leben zu können (siehe Grafik).

Rund 60 Prozent der Arbeitnehmer sind deshalb bereits einem Zusatzrentenfonds beigetreten oder werden dies noch tun. 17 Prozent wollen sich über andere Sparformen organisieren – acht Prozent wollen mehr arbeiten.